

Die Zukunft ist jetzt

Die Welt ist im Krisenmodus. Ob Klima, Rassismus, Wirtschaft, Soziales, Gesundheit oder die Parteienlandschaft selbst – von Stabilität keine Spur, geschweige denn von nachhaltigem Fortschritt. Die »Krise« ist längst zum Dauerzustand geworden. Wir befinden uns am Beginn einer tiefen Rezession. Die Kippunkte im Klimasystem werden erreicht und die Klimakatastrophe wird mit jedem Tag sichtbarer. Zeitgleich sterben täglich Menschen beim Krieg in der Ukraine, die Gefahr einer weiteren Eskalation bis hin zum nuklearen Ernstfall wächst. Neofaschistische Parteien erfahren europaweit starken Zuwachs. Steigende Kosten führen zu Massenverarmung. Die Gleichzeitigkeit mehrerer Krisen sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass ihre gemeinsame Ursache in einem System liegt, das sich längst überholt hat. Es sind viele Krisen, aber ein System: Kapitalismus.

DIE LINKE muss angesichts dieser Konflikte und anstehender Verteilungskämpfe ihren Platz finden, als einzige linke Oppositionspartei jenseits der Ampel auf der einen Seite und als antifaschistisches Bollwerk gegen die autoritär-nationalistische AfD auf der anderen Seite. Sie muss konkrete Antworten liefern, wie sie die ökologische Frage und die Klassenfrage verbindet, wie ihr friedens- und außenpolitisches Projekt der Zukunft aussieht und wie sie den Kampf gegen Faschisten erfolgreich führen will. Unsere Aufgabe als Bewegungslinke innerhalb der Partei ist, daran aktiv mitzugestalten, Initiativen für eine organisierende Linke in der Partei zu stärken, die Partei als ernsthafte Partnerin gewerkschaftlicher, wie sozialer und politischer Bewegungen weiter aufzubauen. Das alles zusammen mit den Kräften in der Partei, die den Willen haben, mit der LINKEN aufkommende gesellschaftliche Konflikte aufzugreifen. Gelingt uns das, dann hat die LINKE eine Zukunft. Die Alternative wäre ein schmerzvoller Untergang, der nachhaltige katastrophale Auswirkungen für die gesamte gesellschaftliche Linke haben würde. Doch trotz aller innerparteilichen Konflikte und gesellschaftlichen Herausforderungen haben wir Hoffnung und wollen mutiger vorangehen. Wir wollen, dass unsere Genoss*innen wieder stolz auf ihre Partei sind. Wir wollen den isolierenden Ring um unsere Partei aufsprengen und aus der gesellschaftlichen Isolation ausbrechen. Wir wollen wieder selbstbewusst statt defensiv-introvertiert auftreten. In den vergangenen Jahren haben sich uns viele Genoss:innen angeschlossen. Als Bewegungslinke bringen wir viele Erfahrungen und Ideen mit, die helfen können, Zuversicht zu verbreiten, dass DIE LINKE einen wichtigen Beitrag zur Überwindung der vielfältigen Krisenerscheinungen leistet. Natürlich müssen auch wir besser werden und weiter lernen, aus Erfolgen, aber vor allem auch aus Fehlern. Wir sind entschlossen, DIE LINKE zu einer organisierenden, verbindenden und politisch zuspitzenden Kraft zu machen.

Sozial-ökologische Wende statt grüner Kapitalismus

Extreme Trockenheit, Überschwemmungen und Hitze sind die Vorboten der Klimakatastrophe. Statt erneuerbare Energien auszubauen und stärker zu fördern, setzt die Ampel-Koalition auf fossile Ressourcen durch den Import von Fracking-Gas, verlängert die Laufzeit der Atomenergie und schaut zu, wie der ÖPNV vor die Hunde geht. Statt den Nahverkehr auszubauen und das 9-Euro-Ticket wie zum Beispiel in Spanien durch eine Übergewinnsteuer weiterlaufen zu lassen, wird nun ein 49-Euro-Ticket eingeführt, das für die wenigsten eine bezahlbare Alternative darstellt. Die wenigen klimapolitischen Maßnahmen, die die Bundesregierung tätigt, werden nicht durch Vermögensabgaben oder Reichensteuern finanziert, sondern sollen von denjenigen bezahlt werden, die am wenigsten zur CO₂-Belastung beitragen. Die Einmalzahlung zur Gasrechnung im

Dezember spricht für sich: Die Reichen dürfen weitermachen wie bisher, obwohl das reichste 1 Prozent doppelt so viele Emissionen verursacht wie die ärmsten 50 Prozent der ganzen Weltbevölkerung. Der grüne Kapitalismus - die Mär davon, dass Markt, Wachstum, soziale Gerechtigkeit und Umweltschutz miteinander vereinbar seien – führt nicht nur zu mehr globaler Ungerechtigkeit, sondern spielt auch den Rechten und Klimaleugner:innen in die Hände. Die Klimakrise muss daher ein Schwerpunktthema für die LINKE sein. Für uns als Bewegungslinke ist dabei entscheidend, dass linke Antworten die Klassenfrage ins Zentrum stellen, ohne bei der Klimafrage Abstriche zu machen. In der kommenden Zeit sollten wir dafür kämpfen, den Energiesektor in öffentliches Eigentum zu überführen, ohne für die Altlasten von RWE und Co aufkommen zu müssen. Wir sollten für den Ausbau eines guten öffentlichen Nahverkehrs kämpfen, in dem wir die "9 Euro weiterfahren Kampagne" fortsetzen und diese sukzessive in Bündnisse zur Begleitung der kommenden Tarifauseinandersetzung im Nahverkehr überführen. Wird die Ampel die Atomkraft nicht nur verlängern, sondern wieder einführen, werden wir helfen, eine neue Anti-Atombewegung auf die Beine zu stellen. Wird die Ampel Fracking in Niedersachsen auf den Weg bringen, werden wir als LINKE mit zu den Protesten gehen. Werden die Beschäftigten in der von den industriellen Umbrüchen betroffenen Branchen nicht sozial abgesichert, werden wir an ihrer Seite dafür kämpfen.

Der Krieg in der Ukraine - gemeinsam Auswege suchen

Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat bereits zahlreiche Menschenleben gekostet. Für uns als internationalistische LINKE wirft der Krieg viele Fragen für die Zukunft auf, auf die wir Antworten finden müssen: Wie kann eine anti-imperialistische, öko-sozialistische Friedenspolitik auf der Höhe der Zeit aussehen, angesichts einer nicht vorhersehbaren Eskalationsdynamik, sich abzeichnender neuen Blockkonfrontation, verstärkter Konkurrenz um Energie auf dem Weltmarkt, Aufrüstung sowie dem Erstarken von Nationalismus und der transnationalen, neo-faschistischen Rechten?

Die Partei hat den brutalen militärischen Überfall Putins Regime auf die Ukraine und den Versuch, Russlands, die Ukraine oder Teile der Ukraine zu besetzen und zu annektieren klar verurteilt. Seit Jahren betreibt Putin eine expansive Politik, die darauf abzielt, Macht zu akkumulieren und den russischen Einflussbereich gegenüber der NATO zu erhalten und auf Kosten vormaliger GUS-Staaten zu vergrößern. Gleichwohl darf nicht das Interesse der USA und ihrer Verbündeten, an einer Vorherrschaft der NATO im westlichen Eurasien, aus dem Blick geraten. Der imperialistische Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine ist sowohl ein Krieg zwischen beiden Ländern als auch ein Stellvertreterkrieg zwischen Russland und der Nato, der schon länger andauert. Die Ukraine wurde von Russland in einen alternativlosen Verteidigungs- und Unabhängigkeitskrieg gezwungen, der noch Jahre dauern kann. Für uns ist klar: Angriffskriege erfordern internationale Solidarität mit den Überfallenen. DIE LINKE steht nicht auf der Seite der Herrschenden, weder im Lager Russlands noch der NATO. Wir kämpfen für eine Welt jenseits der Spaltung in imperialistische Lager, wir sind an der Seite derjenigen, die sich für Selbstbestimmung und demokratische Souveränität stark machen.

Der Krieg wird in den Ländern Europas zu einem weiter erstarkenden Nationalismus führen, was besonders im Hinblick der Aufrüstungsbestrebungen besorgniserregend ist. Hier decken wir die Zusammenhänge zwischen Krieg, Nationalismus, Rassismus, Aufrüstung und Demokratieabbau auf. Das lässt sich auch in den kriegsbeteiligten Ländern beobachten; Russland sperrt Protestierende mehr weg als je zuvor, die Ukraine hat die Arbeiter*innenrechte massiv geschliffen.

Krieg wird immer von Propaganda begleitet, die den jeweiligen Gegner entmenschlicht. Der Hass wird auf Jahre verstärkt werden, besonders auch zwischen Ukrainer:innen und Russ:innen. Die Solidarität mit den Menschen in der Ukraine, mit den Menschen, die desertieren oder in Russland gegen den Krieg protestieren, ist für uns zentral. Wir fordern das Recht auf Asyl für alle, die vor diesen Zuständen fliehen. Dem aufkommenden Nationalismus gegenüber Ukrainer:innen und Russ:innen stellen wir uns entschieden entgegen.

In Übereinstimmung mit dem Beschluss des BPT stellen wir uns gegen Rüstungsexporte und Waffenlieferungen und für die Nutzung nicht-militärischer Möglichkeiten. Es braucht Verhandlungen und wirtschaftlichen wie diplomatischen Druck auf Russland. Dazu macht DIE LINKE Druck auf die Bundesregierung und die EU, um auch China und Indien für einen Frieden in der Ukraine zu gewinnen, da Russland versucht, seine wirtschaftlichen Verluste über neue Handelsabkommen mit diesen Ländern zu kompensieren. Wir plädieren gleichzeitig für eine Versachlichung der Debatte über Sanktionen. Gezielte Sanktionen sind ein nicht-militärischer Weg Druck auszuüben, um Russland zu einem Truppenabzug und/oder Friedensverhandlungen zu bewegen. Sie schränken mittelfristig die finanziellen und wirtschaftlichen Kapazitäten Russlands ein, Krieg führen zu können. Nicht alle der aktuellen Sanktionen entsprechen jedoch diesen Anforderungen und es ist wichtig, weiter für zielgenaue Sanktionen in Abgrenzung zu den Sanktionen zu werben, die anstelle des russischen Machtapparats übermäßig stark die Bevölkerung Russlands und dritter Länder treffen. In Europa und dem Globalen Süden leiden viele Menschen unter den Folgen des Krieges und des Wirtschaftskriegs zwischen dem Westen und Russland. Deswegen wenden wir uns gegen Sanktionen auf Lebensmittel und lebenswichtige Güter wie zum Beispiel Energie - egal, ob sie vom Westen oder durch Blockaden Russlands ausgelöst werden. Wir wenden uns darüber hinaus gegen Maßnahmen, die den Austausch zwischen den Menschen in den Machtblöcken erschweren, wie VISA-Restriktionen oder den Boykott von Kultur- und Austauschveranstaltungen. Um den steigenden Energiepreisen entgegenzuwirken, fordern wir die Einführung einer Übergewinnsteuer für Mineralölkonzerne und Stromproduzenten, genauso den massiven Ausbau der Erneuerbaren Energien. DIE LINKE ist für den Ausstieg aus dem fossilen Energieregime. Das bedeutet natürlich auch eine Abkehr vom Gasimport – egal ob es aus Russland, USA, Saudi-Arabien, Norwegen oder Kanada kommt. DIE LINKE fordert: „In erneuerbare Energie investieren, Energiekonzerne entmachten“. Das gebietet auch die Klimakrise.

Die LINKE muss als einzige Friedenspartei die Gefahr eines Atomkriegs klar benennen und sich gegen die gefährliche Eskalationsdynamik stellen, die wir derzeit erleben. Bemühungen für Verhandlungen mögen auf den ersten Blick aussichtslos wirken – Versuche, die Eskalation nicht weiter zu befeuern, sind trotzdem richtig. Ein zeitgemäßer Internationalismus von unten müsste den Ruf nach Friedensverhandlungen mit einer klaren Kritik des Putin-Regimes, der Forderung nach einer europäischen (und globalen) Energiewende, einer gerechten Finanzierung der Wiederaufbaukosten, Armutsbekämpfung und der Enteignung der Oligarchen (in Russland wie der Ukraine) verbinden. Derzeit müssen wir realistisch sehen, dass eine solche europäische Friedensbewegung nicht in Sicht ist. Umso wichtiger ist es, als LINKE den Dialog zu suchen und Vorschläge für gemeinsame Perspektiven zu entwickeln. Dazu gehört auch, konkreter darzulegen, wie wir eine internationale Friedens- und Sicherheitsordnung erreichen wollen, für die wir werben. Inmitten des Krieges wurden Rufe von SPD über die Grünen, bis zu Liberalen und Konservativen lauter, dass Deutschland nun auch eine militärische Führungsmacht werden müsse. So wurde die Gunst der Stunde genutzt, um das größte Aufrüstungsprogramm in der Geschichte der Bundesrepublik vorzubereiten, mit dem Deutschland zum Staat mit den dritthöchsten Militärausgaben der Welt aufsteigen soll. Die Ampel-Regierung hat so durchgesetzt, wovon

Konservative lange geträumt haben: Ein Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr und dass das NATO-Zwei-Prozent-Ziel ab sofort erfüllt werden soll. Diese Militarisierung lehnen wir entschieden ab. Das Wettrüsten der Großmächte dieser Welt führt die Menschheit an den Rand eines neuen Weltkriegs. Den Widerstand dagegen zu stärken, ist eine große Herausforderung für DIE LINKE.

Genug ist genug - an der Seite der Klasse und nicht vergessen: Kein Fußbreit dem Faschismus

Wir befinden uns am Beginn einer tiefen Rezession. Im September dieses Jahres lag die Inflationsrate bei 10,4 Prozent. Die Tariflöhne sind dagegen 2022 nur um 4,3 % gestiegen. Millionen von Lohnabhängigen erleiden zur Zeit einen scharfen Angriff auf ihren Lebensstandard. Der Verbraucherpreisindex für Energie bei 43,9 Prozent, für Nahrungsmittel bei 18,7 Prozent. Das bedeutet Verarmung für große Teile der Bevölkerung. Jeder Sechste in Deutschland verzichtet aktuell auf eine Mahlzeit am Tag, weil die Lebensmittel zu teuer geworden sind. Die steigenden Preise führen bei vielen Menschen zu Angst, Frust und punktuell auch zu Protest. Die hohen Preise treffen vor allem Lohnabhängige, Millionen Menschen, die im Niedriglohnssektor arbeiten, Student:innen und Rentner:innen. Kampagnen wie #ichbinarmutsbetroffen zeigen eindrucksvoll, wie in einem der reichsten Länder der Welt Menschen trotz Unterstützung hungern und frieren müssen.

Gerade jetzt braucht es eine LINKE, die soziale Wut auf die Straße und auch in die Parlamente bringt. Die derzeitigen und kommenden Tarifaueinandersetzungen in der Metall- und Elektrobranche sowie im Öffentlichen Dienst sind und werden harte Auseinandersetzungen. Ein Schwerpunkt unserer Arbeit wird es sein, die Tarifaueinandersetzungen zu unterstützen und sie im Sinne einer gesamtgesellschaftlichen Entlastungsbewegung mitaufzubauen. In diesem Sinne verstehen wir „Genug ist Genug“ als eine vielversprechende Bündnisformation, in welcher wir neben anderen als LINKE aktiv sind: organisatorisch wie inhaltlich. Denn Inflation heißt nicht nur steigende Preise, Inflation heißt auch Verteilungskampf von unten nach oben. Hohe Preise sind zugleich auch hohe Gewinne für viele Konzerne, die sich an der Not der Menschen bereichern. Unsere Aufgabe besteht darin, unsere Forderungen wie etwa die konsequente Besteuerung von Vermögen oder die Einführung einer Übergewinnsteuer zu popularisieren.

Aber wir nehmen auch wahr, dass große Teile des Protests - insbesondere im Osten der Bundesrepublik – reaktionäre, nationalistische Antworten auf die Krise geben. So profitiert die AfD derzeit am meisten von den Entwicklungen. Nicht zuletzt deswegen ist der Aufbau starker, linker Sozialproteste so notwendig gegen das Wiedererstarken der Rechten wie der Aufbau von antirassistischem und antifaschistischem Widerstand gerade angesichts der Tatsache, dass sich der faschistische Höcke-Flügel mittlerweile in der AfD durchgesetzt hat. Unsere Aufgabe in den Krisenprotesten ist es deutlich zu machen, dass rechte Propaganda, Verschwörungstheorien oder Putin-Sympathien nichts auf unseren Kundgebungen und Protesten zu suchen haben. Die LINKE kann in der kommenden Zeit stärker werden, wenn sie es schafft, organischer Teil der Proteste zu werden und gleichzeitig überzeugende Antworten gibt, wie die Verarmung großer Teile der Bevölkerung verhindert werden kann: Statt Milliarden für Aufrüstung und Krieg brauchen wir Geld für Klima und Soziales, Energieversorgung in öffentliche Hand, Fortsetzung des 9-Euro-Tickets, schnelle unkomplizierte Hilfen im Winter und eine

Übergewinnsteuer und Vermögensabgabe. Wir sind die einzige Partei, die schnelle und realisierbare Antworten auf die Krise hat, die zugleich sozial gerecht und ökologisch nachhaltig sind. Die LINKE beteiligt sich mit ihrer ganzen Kraft an einer Bewegung für Teuerungsausgleich für alle jetzt. Wir halten es für falsch, subtil Offenheit in das AfD-Wähler:innenlager auszustrahlen. Nicht die Grünen, sondern die AfD ist die gefährlichste Partei im Bundestag.

Von passiven zu aktiven Mehrheiten

Wenn wir als Partei in Zukunft eine Rolle spielen möchten, müssen wir uns erneuern und auch unser Profil als linkssozialistische Kraft schärfen. Wir wollen eine Partei sein, die gesellschaftliche Opposition stärkt und den Widerstand organisiert, eine Partei, die den demokratischen Sozialismus anstrebt. Für eine starke LINKE, die auch bei Wahlen wieder Erfolge feiern kann, führt kein Weg vorbei am Aufbau der Parteibasis und der Verankerung in sozialen Kämpfen. Eine Abkürzung gibt es nicht. Diese LINKE, an der wir seit 2012 arbeiten, verbindet unterschiedliche Klassenmilieus und ist daher schon immer herausgefordert, verschiedene Anliegen in einem politischen Projekt, der LINKEN, zu bündeln. Als Bewegungslinke wollen wir über die Formulierung der Wendepunkte zeigen, an welchen Kernfragen diese Anliegen und Interessen zusammenkommen, aber auch wo sie durchsetzbar sind. Unsere Wendepunkte formulieren legitime Erwartungen und Ansprüche auf ein glückliches und gesundes Leben, die mehrheitlich geteilt werden, hinter denen also mindestens passive Mehrheiten stehen. Unsere Aufgabe ist es, im Dialog und im Bündnis mit Bewegungen, Gewerkschaften, Basis-Initiativen und all jenen, die noch nicht organisiert sind, aktive Mehrheiten aufzubauen. So können wir als LINKE parlamentarisch und außerparlamentarisch ausstrahlen, dass es uns um eine echte Veränderung und Verbesserung im Hier und Jetzt, mit Perspektive einer sozialistischen Zukunft, geht: Mit einem echten Mietenstopp, einer konsequenten Verkehrswende, dem Verbot von Waffenexporten oder der Abschaffung der Fallpauschalen ließen sich Anliegen bündeln und eine relevante gesellschaftliche Kraft erschaffen.

In diesem Sinne muss die LINKE Widerstands- und Oppositionspartei sein, nicht allein, um Verschlechterungen zu verhindern, sondern auch, damit Lust und Energie für einen wirklichen politischen Aufbruch entstehen können. Die Aussicht auf linkes Regieren kann für uns nur als rebellisches Aufbegehren gegenüber dem Kapital, dem bürgerlichen Staatspersonal und den Medien gedacht werden. Dabei ist es notwendig, dass DIE LINKE auch ausspricht, was mit ihr nicht zu machen ist. So heißt es im Erfurter Programm: „An einer Regierung, die Kriege führt und Kampfeinsätze der Bundeswehr im Ausland zulässt, die Aufrüstung und Militarisierung vorantreibt, die Privatisierungen der Daseinsvorsorge oder Sozialabbau betreibt, deren Politik die Aufgabenerfüllung des Öffentlichen Dienstes verschlechtert, werden wir uns nicht beteiligen.“

Die LINKE, die wir aufbauen wollen, diskutiert auf Augenhöhe mit den Leuten, nicht über sie – sie versucht jene zu organisieren und zu unterstützen, die das Leben jeden Tag besser machen: Betriebs- und Personalräte, Aktive in der Geflüchtetenarbeit, Aktive in Mieter:inneninitiativen oder Klimaaktivist:innen. Und sie wendet sich offen an die, die schwanken und nach Alternativen suchen. In die kommenden neun Kommunalwahlkämpfe, vier Landtagswahlen und die Europawahl 2024 werden wir uns als Bewegungslinke mit unseren Stärken einmischen; Straßenwahlkampf, innovative Veranstaltungsformate, Bündnisarbeit und aufsuchende Ansprache, wie etwa Haustürgespräche. Wir werden die Wahlkämpfe nutzen, um weitere Genoss*innen politisch auszubilden in Praxis und Theorie. Wir wollen Wissen im solidarischen Dialog der Generationen

weitergeben. Besonders die Verteidigung der Hessischen Landtagsfraktion wird ein Stresstest, in Berlin und Bremen kann es uns gelingen, unsere Ergebnisse zu halten oder sogar zu steigern. In Berlin braucht es eine starke Linke, um die Vergesellschaftung großer Wohnungskonzerne wahrscheinlicher zu machen, Hand in Hand mit der Initiative Deutsche Wohnen und Co enteignen. Wenn wir 2023 die Trendwende schaffen, können wir optimistischer auf die Europawahl 2024 schauen. Diese Wahlen erfordern Geschlossenheit innerhalb der Partei und klare gegnerorientierte Kommunikation, statt widersprüchliches Stimmengewirr.

Mit denen, die die Partei aufbauen wollen

Der Weg der LINKEN war auch ein schwerer: Wir haben viel gestritten, sind aber auch immer wieder zusammengelassen. Heute ist nicht allen mehr an einem gemeinsamen, pluralen linken Projekt gelegen. Ein Teil der Partei geht seit 2016 einen eigenen Weg, gründete Konkurrenzprojekte wie Aufstehen, agiert seit Jahren gegen Programmatik und Parteitags- und -vorstandsbeschlüsse und kokettiert damit, eine neue Partei zu gründen. Lange Zeit wurde um Kompromisse und gegenseitige Absprachen gerungen, wie etwa gemeinsame Beschlüsse zur Migrationspolitik von Parteivorstand und Bundestagsfraktion belegen. Heute ist offensichtlich, dass die Gräben unüberwindbar sind. In allen gesellschaftlich kontrovers diskutierten Fragen seit 2016 hat es aus der LINKEN widersprüchliche Antworten gegeben, weshalb sie mittlerweile als völlig beliebig wahrgenommen wird und in alle Richtungen an Zustimmung verliert. Wer heute den Kritiker:innen von Wagenknecht Spaltung vorwirft, dem sei entgegnet: Wagenknecht und alle, die Programme und Beschlüsse der LINKEN ignorieren, betreiben die Spaltung der eigenen Mitgliedschaft und Anhänger:innen seit Jahren, indem sie bei den Themen Migration, Klima, Corona und dem Angriffskrieg Russlands nicht die Positionen der Partei nach außen vertreten, sondern mitunter das Gegenteil. Dass viele unserer früheren Wähler:innen uns nicht mehr wählen, ist selbstverständlich auch die Folge davon, dass prominent und wiederholt verkündet wurde, DIE LINKE vertrete die Interessen der Beschäftigten nicht mehr. Selbst wenn dies so wäre, was wir bestreiten, wäre es die Aufgabe der Parteimitglieder, sich für eine entsprechende Schärfung eines solchen Profils einzusetzen, statt öffentlich die eigene Partei zu diskreditieren und Teile ihrer Mitglied- und Anhängerschaft als Lifestyle-Linke zu beleidigen.

Wir haben kein Verständnis mehr für solch parteischädigendes Verhalten. Die Partei hat sich wiederholt und mit großen Mehrheiten für eine klassenorientierte, internationalistische, feministische, antifaschistische und ökologische Programmatik entschieden. An diejenigen, die als harter Kern nur noch gegen die Partei Politik machen wollen, werden wir uns nicht klammern. Wir kämpfen um jede:n enttäuschte:n Genoss:in, um mit uns in der Partei zu bleiben und werben dafür wieder in DIE LINKE einzutreten. Das heißt auch: Wir unterscheiden zwischen denen, die sich längst gegen eine solche LINKE entschieden haben und über alternative Projekte nachdenken und denen, die anderer Meinung sind als wir, womöglich auch Anhänger:innen von Wagenknecht sind, aber nach wie vor Interesse daran haben, diese LINKE wieder auf die Beine zu bringen und gemeinsam mit uns dafür streiten wollen. Wir laden alle Genoss*innen ein - spektren- und strömungsübergreifend - mit uns den Weg eines solidarischeren Miteinanders und des Aufbruchs zu gehen. Wir sind überzeugt, dass es eine Partei links der Ampel braucht und vertrauen darauf, die Kraft aufbringen zu können, die LINKE wieder zu einer starken sozialistischen Partei aufzubauen.

Mitgliederversammlung der Bewegungslinken

November 2022